

Wichtiges in Kürze



Zähneknirschendes Ja

Standort Schweiz 2019 – Europafragen

Im Auftrag der Interpharma

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Jonas Kocher: Projektleiter

Alexander Frind: Projektleiter

Aaron Venetz: Datenanalytiker

Noah Herzog: Sekretariat und Administration

Bern, 26. März 2019

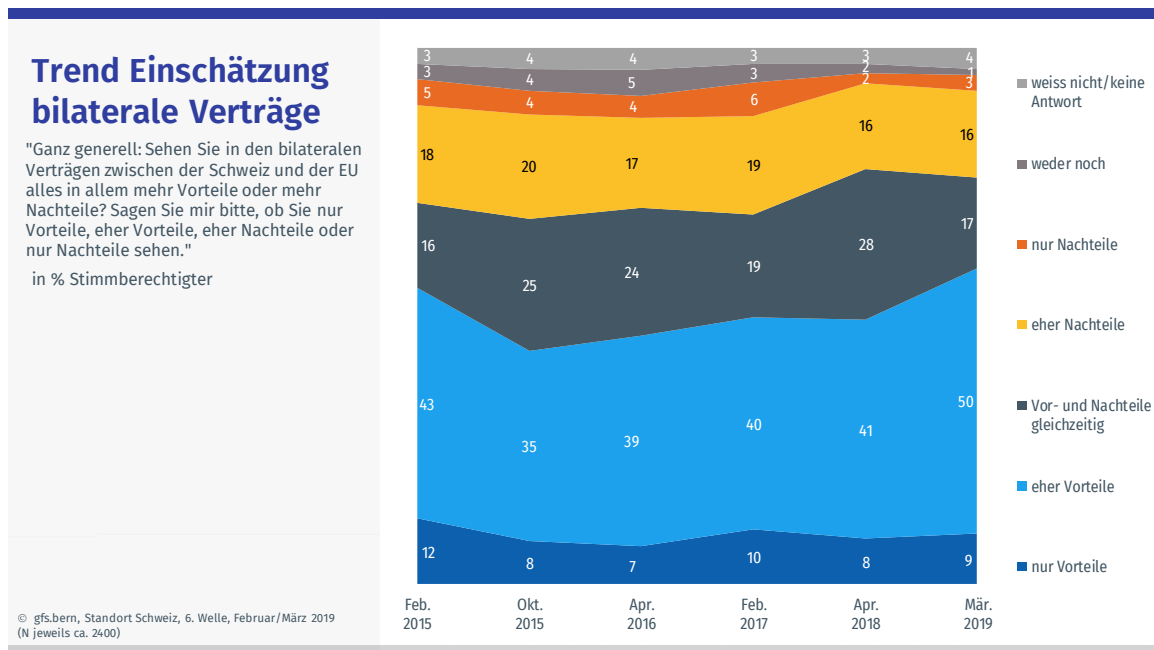
1 Aktualität schärft ambivalente Wahrnehmung, aber auch Vorteilssicht zu den Bilateralen



Die Schweizer Stimmberechtigten wurden durch die Diskussion rund um das Rahmenabkommen mit der EU sichtbar angeregt und bewegt. So hat als Folge der Diskussion die generelle Vorteilssicht auf die Bilateralen zugenommen. Ebenfalls zugenommen hat aber auch das dahinterliegende Meinungsbild in Bezug auf Einzelaspekte. Am meinungswirksamsten sind positive Beurteilungen des Zugangs zum Exportmarkt und der Zusammenhang zum Schweizer Wohlstand. Letzteres ist in der Akzeptanz angewachsen und befördert sichtbar die Vorteilssicht auf die Bilateralen. Der Eindruck, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist, befeuert die Nachteilssicht am stärksten.

Seit rund einem Jahr diskutiert die Schweiz intensiv über die zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union. Diese Diskussion bewegt sichtbar auch die Schweizer Stimmberechtigten:

Grafik 1

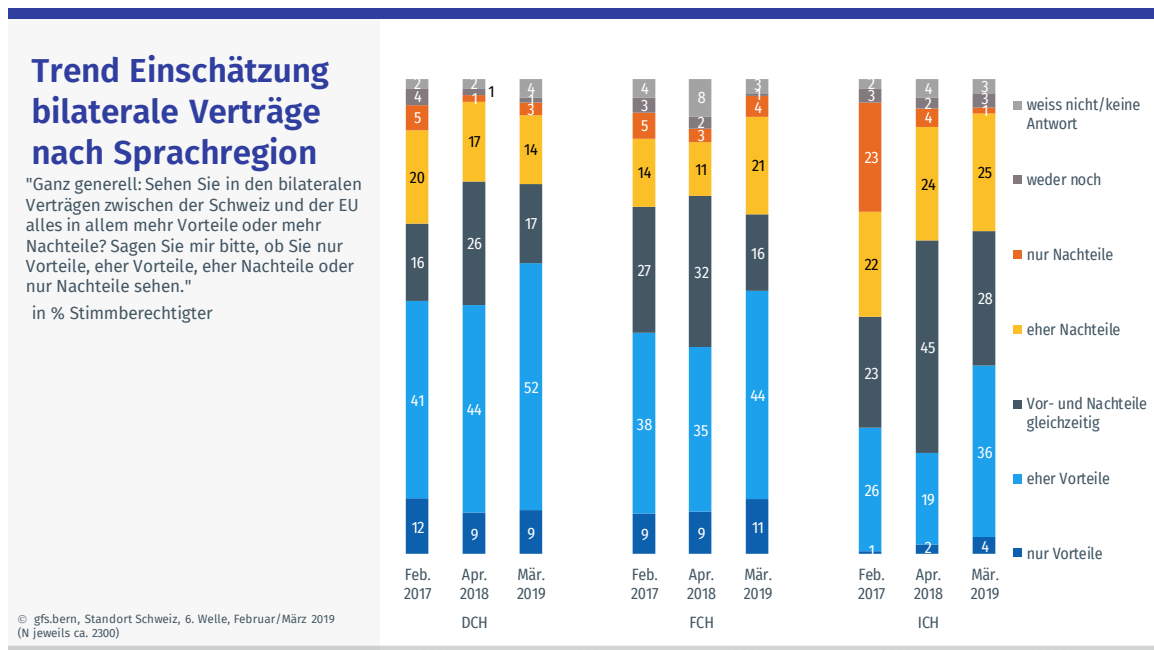


So erkennen wir als Folge dieser Diskussion ein Anstieg der Ansicht, dass die bilateralen Verträge mehr oder weniger dezidiert hauptsächlich mit Vorteilen verknüpft ist. Erstmals seit 2015 spricht sich damit wieder eine Mehrheit der Schweizer Stimmberechtigten für eine Vorteilssicht aus. Die Nachteilssicht bleibt auf dem Niveau 19 Prozent auch 2019 faktisch unverändert klar minderheitlich.

Bezeichnenderweise finden wir diese Veränderung Richtung verstärkte Vorteilssicht in allen untersuchten Merkmalsgruppen gleichermassen. Insbesondere zeigt sich der Zuwachs auch im Lager der SVP-SympathisantInnen, auch wenn dort die Vorteilssicht mit 39 Prozent Zustimmung minderheitlich bleibt und die Nachteilssicht auf die Bilateralen unter SVP-SympathisantInnen mit 35 Prozent von allen Merkmalsgruppen am stärksten

ausgeprägt ist. Insgesamt löst sich damit die aktuelle Diskussion rund um die Bilateralen für die Schweizer Stimmberechtigten darin auf, dass man die Bilateralen generell mehr schätzt, als wir dies seit 2015 beobachtet haben.

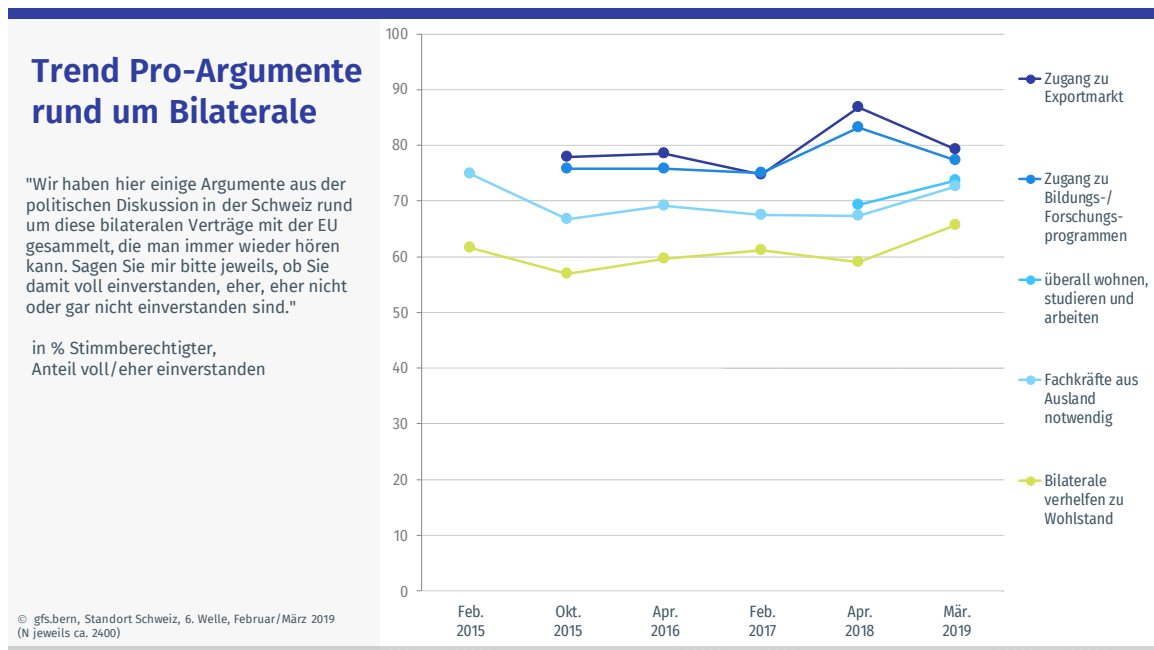
Grafik 2



Die Vorteilssicht auf die Bilateralen hat in allen Sprachregionen zugenommen. Auch 2019 ist diese in der deutschsprachigen Schweiz am stärksten ausgeprägt. Neu sieht auch in der französischsprachigen Schweiz eine absolute Mehrheit (eher) Vorteile. In der italienischsprachigen Schweiz sehen 40 Prozent Vorteile gegenüber 26 Prozent, welche (eher) Nachteile erkennen. In den letzten Jahren überwog in diesem Landesteil die Nachteils-sicht.

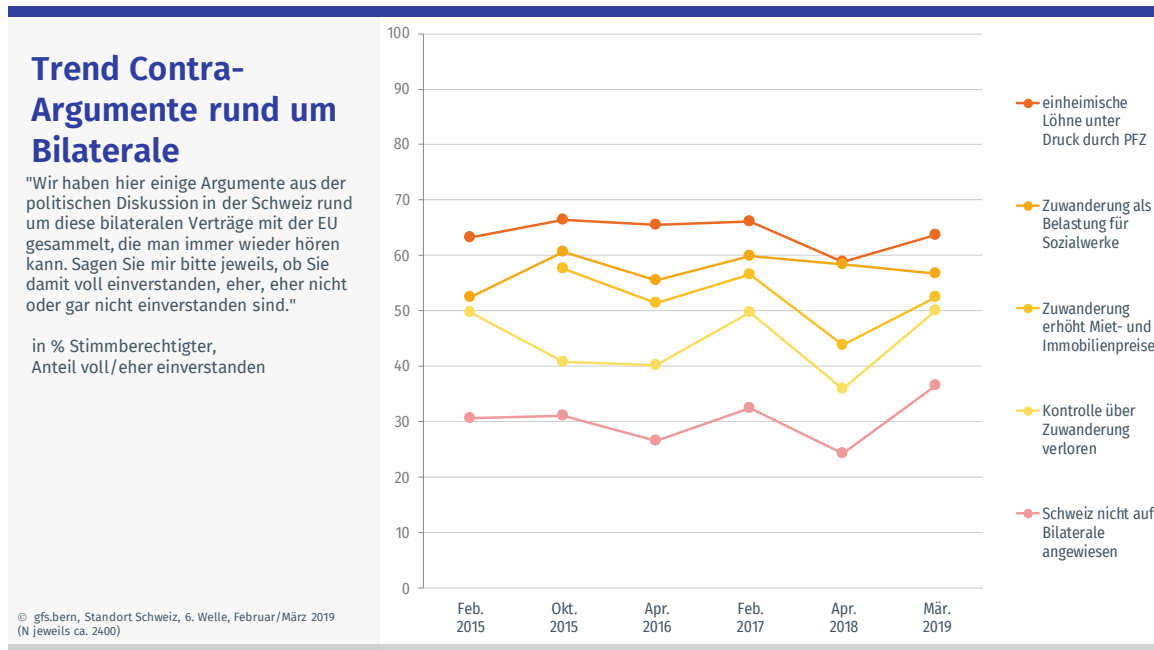
Diese generelle Vorteilssicht entsteht dabei aus der Beurteilung einer ganzen Reihe von Einzelaspekten. Bezeichnenderweise finden wir auch hier eine sichtbare Dynamik in der Meinungsbildung.

Grafik 3



So werden die Ansichten, dass die Bilateralen zu Wohlstand verhelfen und zu Personenfreizügigkeit für Einzelpersonen und Wirtschaft führt, leicht stärker geteilt als noch vor einem Jahr, während die Ansichten, dass die Schweiz dank den Bilateralen Zugang zum Europäischen Exportmarkt, aber auch zu Europäischen Forschungsprogrammen hat, leicht weniger dezidiert geteilt werden. Insgesamt werden aber alle ausgetesteten positiven Teilaspekte mit Zustimmungswerten zwischen 65 und 80 Prozent klarmehrheitlich geteilt.

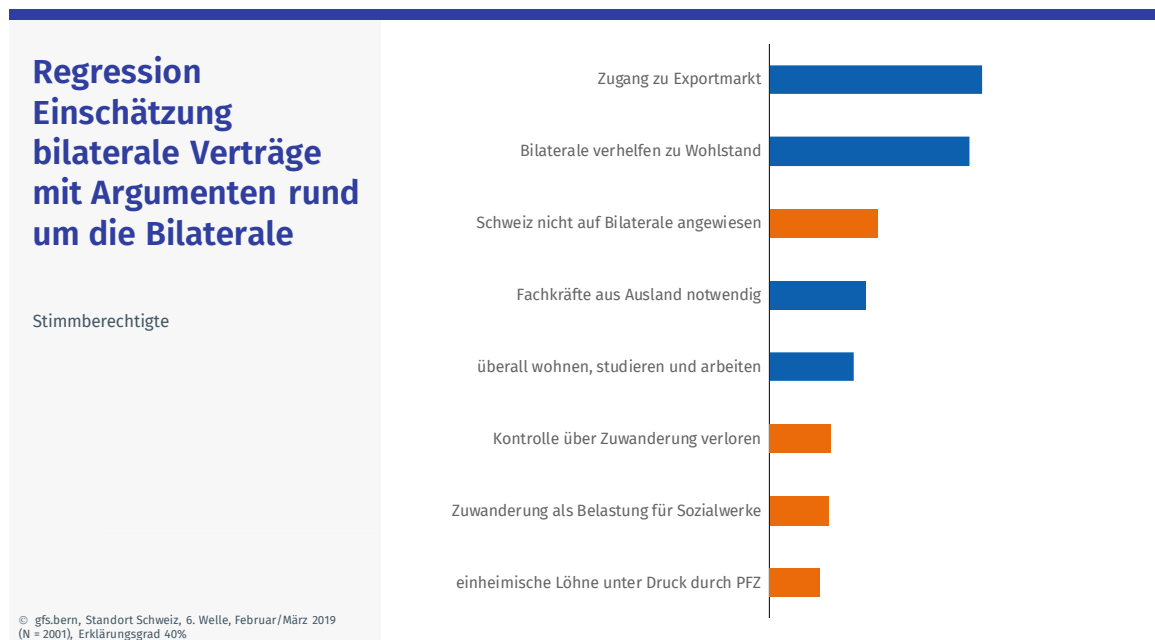
Grafik 4



Die gleiche Zunahme in der Zustimmung finden wir auch unter den Contra-Argumenten. Augenscheinlich führte die aktuelle Diskussion rund um das Rahmenabkommen nicht nur dazu, dass sich die generelle Vorteilssicht gegenüber den Bilateralen sichtbar erhöht hat, sie schärfte auch das dahinterliegende Bild rund um spezifische Teilaspekte, und zwar auf der positiven, aber auch auf der kritischen Seite. So gehen die Schweizer Stimmberechtigten stärker als 2018 davon aus, dass die bestehenden Bilateralen die einheimischen Löhne, die Sozialwerke, aber auch die Wohnkosten unter Druck bringen, während knappmehrheitlich auch betont wird, dass die Schweiz die Kontrolle über die Zuwanderung verloren hat und leicht angewachsene Minderheiten auch festhalten, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist. Augenscheinlich treffen die Schweizer Stimmberechtigten damit die aktuell gesteigerte Vorteilssicht gegenüber den Bilateralen keineswegs unreflektiert, sondern sichtbar auf der Basis einer Güterabwägung, die positive und negative Aspekte enthält, die positiven dann aber höher gewichtet.

Exakt solches lässt sich mit einem weitergehenden statistischen Verfahren bestätigen:

Grafik 5



Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die Argumente für oder gegen die Bilateralen) auf eine abhängige Variable (Vor-/Nachteilssicht Bilaterale). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Ja- (blau) oder eher zu einer Nein-Stimmabsicht (orange) führt. Argumente, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss.

So haben die Aussagen, dass die Bilateralen den Zugang zum wichtigsten Schweizer Exportmarkt sichern und zu Wohlstand verhelfen, eine ausgesprochen starke Meinungswirkung Richtung Vorteilssicht, während das meinungswirksamste Argument für eine Nachteilssicht, dass die Schweiz nicht auf die Bilateralen angewiesen ist, sichtbar weniger stark Meinungen prägt. Wie schon in Vergangenheit spielt die Kritik an den angewachsenen Wohnkosten schlussendlich keine Rolle, ob man die Bilateralen mit einer Vor- oder Nachteilssicht betrachtet, Befürchtungen rund um die Sozialwerke auf tiefem Niveau hingegen schon.

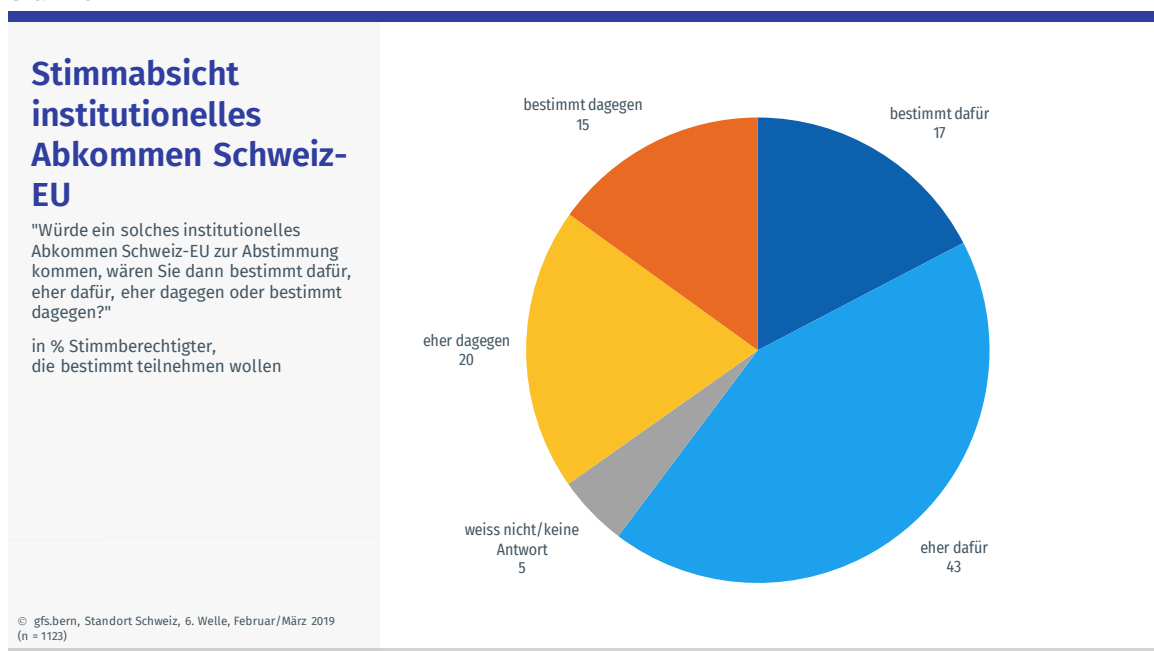
2 Das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz findet zähneknirschende Mehrheiten



Mehrheitliche 60 Prozent aller teilnahme willigen Stimmberechtigten sprechen sich aktuell für das institutionelle Abkommen zwischen der Schweiz und der EU aus. Sie tun dies, weil sie Erwartungssicherheit und Bedeutungsverlust für die Schweizer Wirtschaft wünschen. Die Ansicht, dass es sich dabei um einen Knechtschaftsvertrag handelt der besser verhandelt werden kann, führt zu den aktuell minderheitlich ablehnenden Stimmabsichten. Aus Sicht der Stimmberechtigten findet sich die einzige knappmehrheitlich akzeptierte alternative Vertragssituation in Form der bestehenden Bilateralen, auch wenn damit keine Weiterentwicklung mehr möglich ist.

Als Zwischenresultat der intensiven öffentlichen Diskussion rund um das Rahmenabkommen, sprechen sich aktuell Mehrheiten für eine Neuregelung auf der Basis Rahmenabkommen aus:

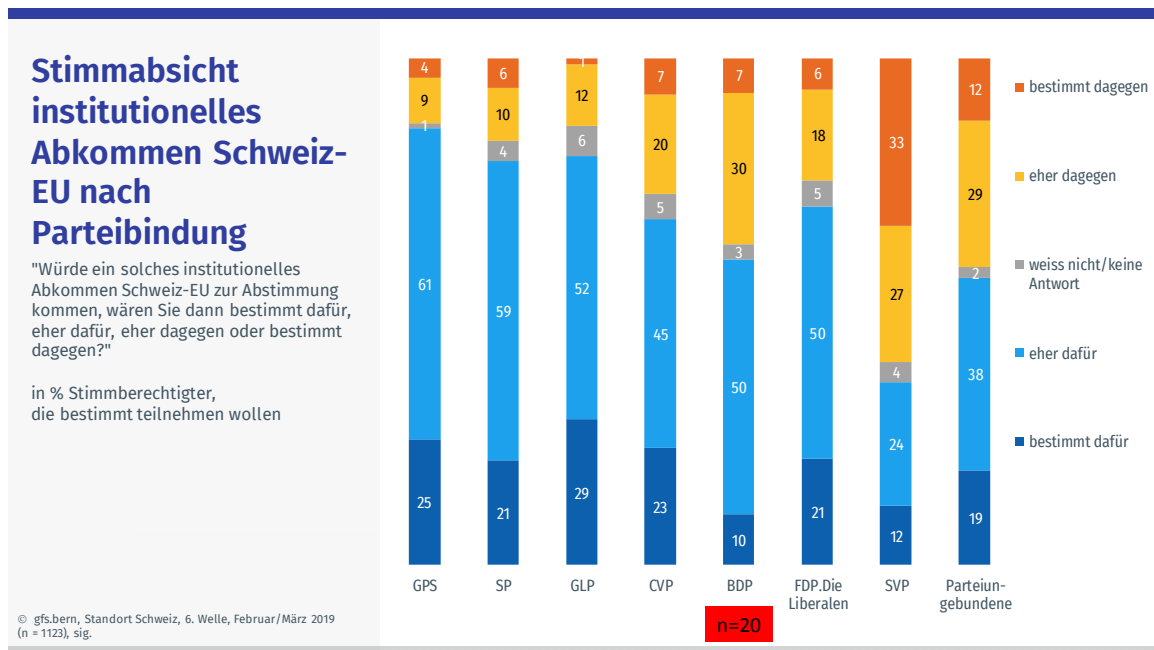
Grafik 6



Unter allen Personen, die sich aktuell eine Teilnahme an einem Urnengang dezidiert vorstellen können, sprechen sich mehrheitliche 60 Prozent für das institutionelle Rahmenabkommen gemäss dem aktuellen Diskussionsstand aus, während minderheitliche 35% aller Teilnehmewilligen dagegen einstehen. Die grossen Anteile von Personen, welche "eher" für oder gegen das Institutionelle Rahmenabkommen stimmen wollen, zeigt aber auch auf, dass das Meinungsbild keineswegs schon abschliessend gesichert ist, und Verschiebungen durchaus noch möglich sind.

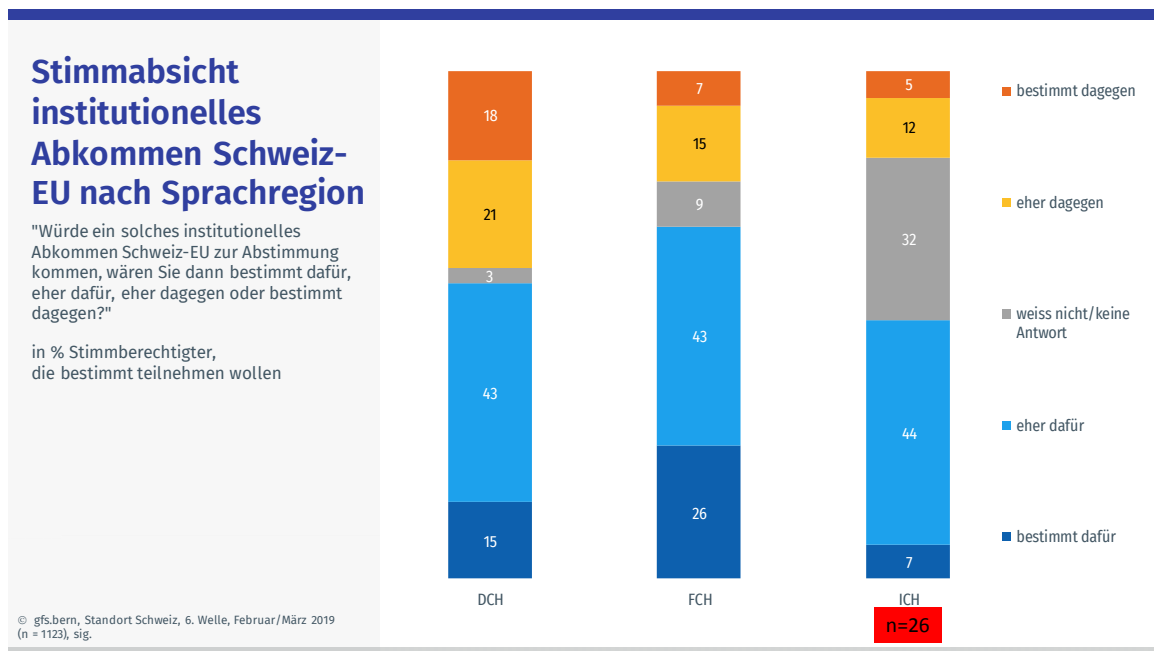
Diese Stimmabsicht ist dabei hochgradig von den eigenen Parteiaffinitäten abhängig. Faktisch finden wir ein Profil, dass sich in den meisten Europa-Stimmenscheiden findet:

Grafik 7



SympathisantInnen der SVP sprechen sich mehrheitlich gegen ein solches Rahmenabkommen aus, während sich die SympathisantInnen aller anderen Parteien grossmehrheitlich für das Abkommen entscheiden. Die Vorlage hat zudem sichtbar Potenzial Proteststimmende an die Urne zu locken: Personen mit tiefem Regierungsvertrauen bringen nicht nur schon jetzt eine klar überdurchschnittliche Teilnahmeabsicht zum Ausdruck, sie sprechen sich mit knappmehrheitlichen 54 Prozent gegen das Rahmenabkommen aus.

Grafik 8

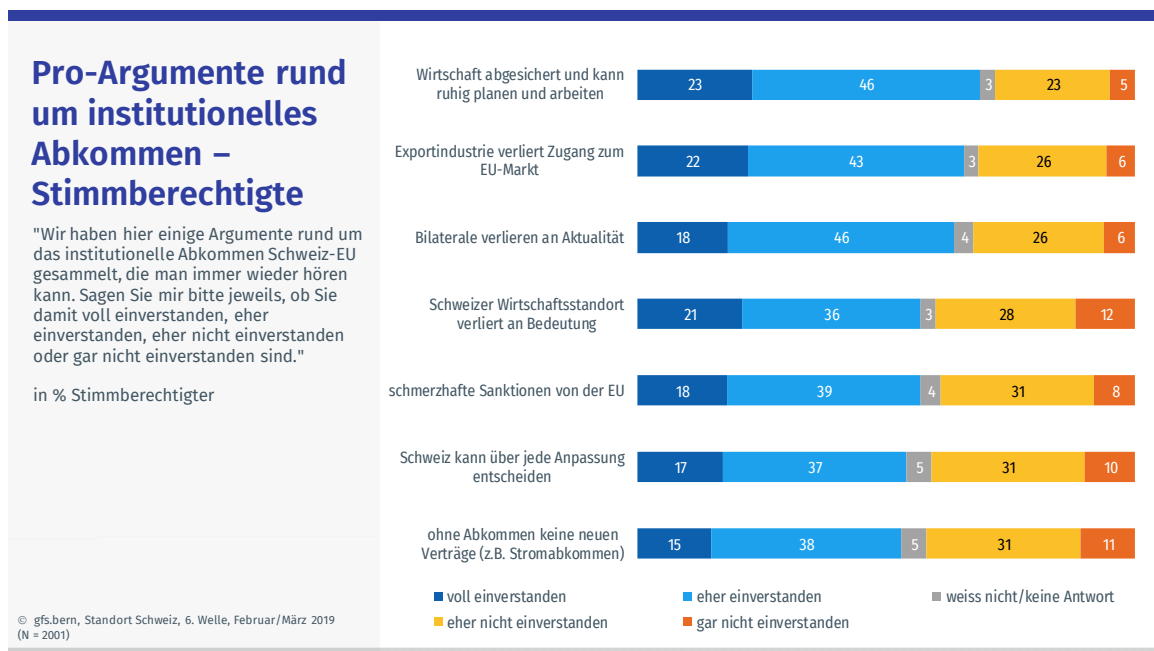


Sprachregional betrachtet erhält das Abkommen deutlichen Sukkors aus der Westschweiz. Auch in der deutschsprachigen Schweiz wäre eine absolute Mehrheit zum jetzigen Zeitpunkt bestimmt oder eher dafür, wobei eine nicht zu vernachlässigende Minderheit eine gegenteilige Position einnimmt.

In der italienischsprachigen Schweiz ist die Fallzahl der bestimmt Teilnehmenden zu gering für statistisch belastbare Aussagen¹. Unter den anteilmässig wenigen bestimmt Teilnehmenden würde eine Mehrheit dem Abkommen zustimmen. Betrachtet man alle Stimmberechtigten in dieser Sprachregion, würde jedoch eine relative Mehrheit das Abkommen ablehnen. Im Vergleich zu den anderen Landesteilen ist der Anteil an "weiss nicht" in der italienischsprachigen Schweiz klar erhöht, was auf eine weniger weit fortgeschrittene Meinungsbildung hinweist.

Die Zustimmung basiert dabei auf einer ganzen Reihe von einzelnen Argumenten:

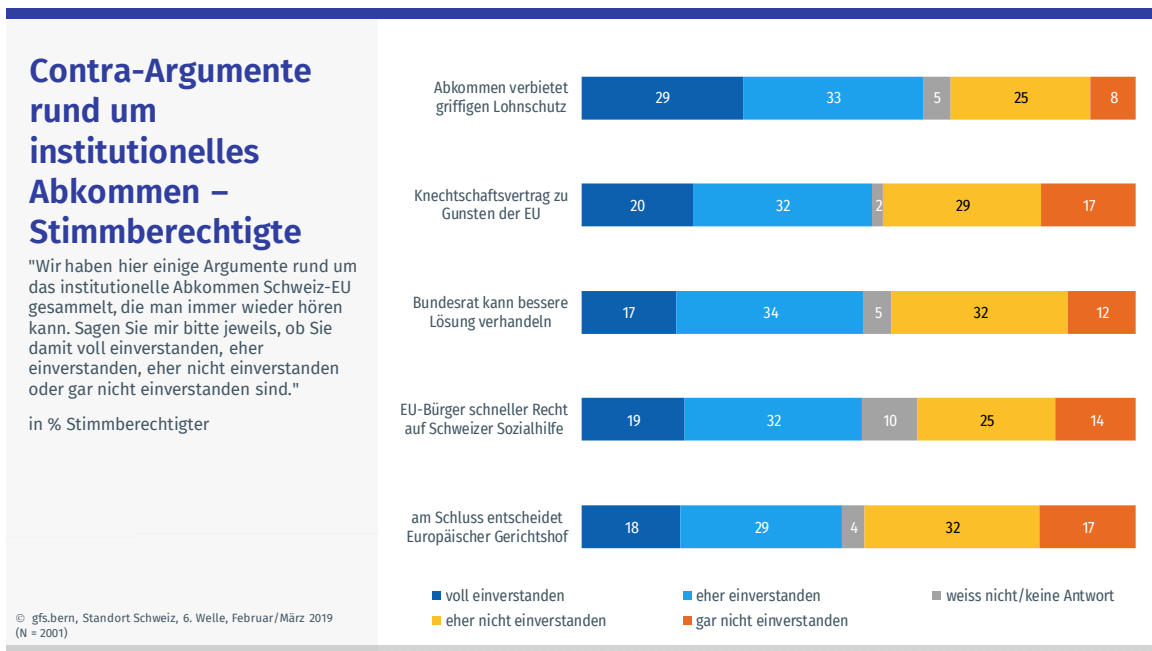
Grafik 9



So halten rund zwei Drittel aller Stimmberechtigten fest, dass mit den Rahmenverträgen die Schweizer Wirtschaft abgesichert arbeiten und planen kann, die Exportindustrie ohne die Verträge den Zugang zum EU-Binnenmarkt verliert und die Bilateralen ohne die Rahmenverträge immer mehr an Aktualität und damit Wert verliert. 57 Prozent aller Stimmberechtigten erwarten bei einer Ablehnung auch schmerzhafte Sanktionen seitens der EU, während 54 Prozent davon ausgehen, dass die Schweiz auch im Rahmen des institutionellen Abkommens über jede Anpassung separat befinden und entscheiden kann.

¹ Bei einer Fallzahl von 26 ist ein Stichprobenfehler von ±19.6 Prozentpunkten zu berücksichtigen. Deshalb sollten die ausgewiesenen Werte nur qualitativ interpretiert werden.

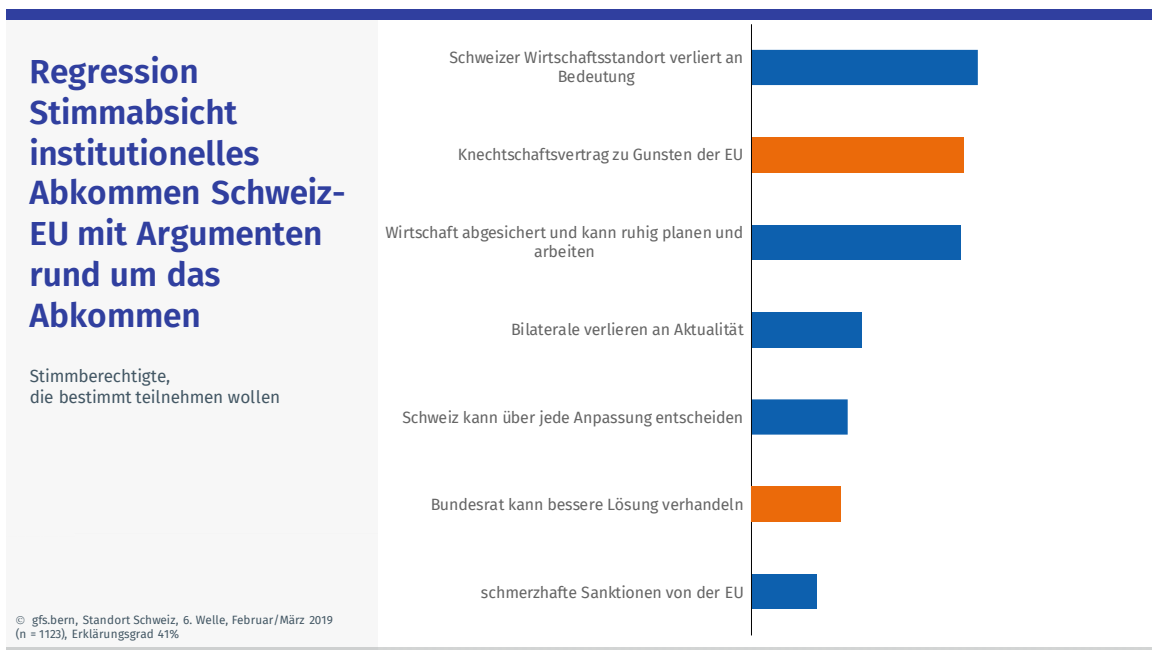
Grafik 10



Das Meinungsbild in dieser Frage ist allerdings keineswegs einseitig. Mehrheiten betonen ebenso, dass das Abkommen einen griffigen Lohnschutz verhindert, den Eindruck eines Knechtschaftsvertrags seitens der EU hinterlässt, die EU-Bürger beschleunigt Zugriff auf die Schweizer Sozialhilfe erhalten und die Schweiz bessere Verträge verhandeln könnte. Weitestgehende Polarisierung und keine Mehrheiten in die eine oder andere Richtung findet allerdings die Aussage, dass am Schluss der EUGH Letztentscheidungsinstanz ist und die Schweiz nicht wirklich mitreden kann.

Auch hier haben nicht alle ausgetesteten Argumente den gleichen Einfluss auf die Stimmabsichten für oder gegen das institutionelle Abkommen Schweiz-EU:

Grafik 11

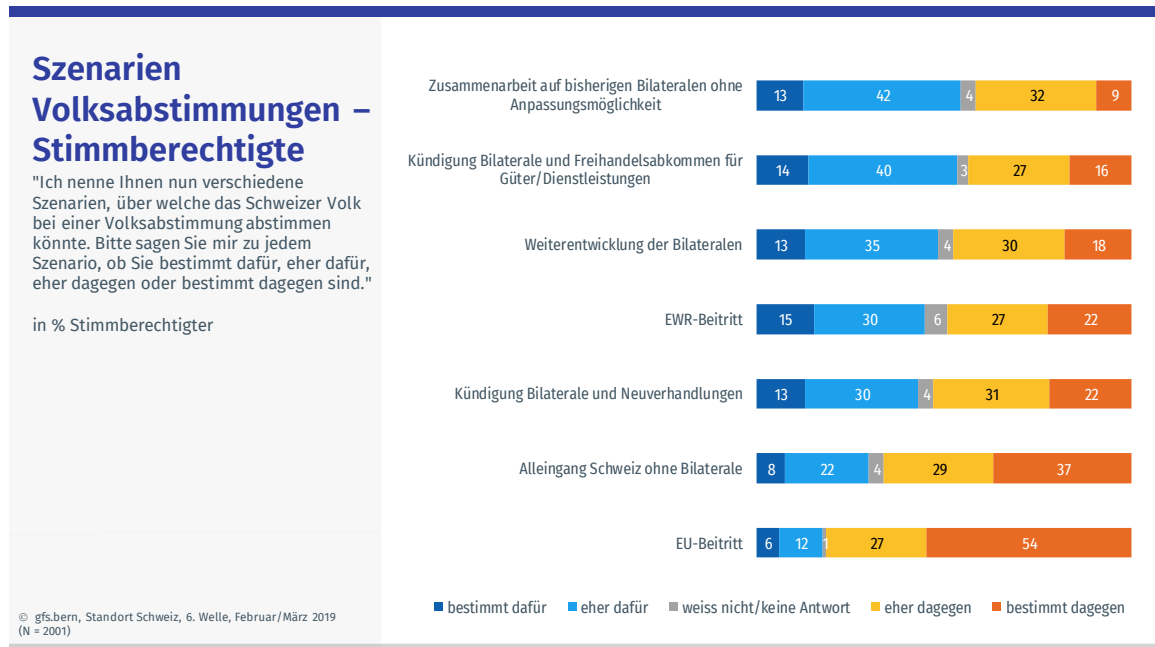


Am meinungswirksamsten sind die Befürchtungen, dass der Schweizer Wirtschaftsstandort ohne das Abkommen an Bedeutung verliert resp. mit dem Abkommen die Schweizer Wirtschaft Erwartungssicherheit erhält. Auf der kritischen Seite wird dies an erster Stellen mit der Wahrnehmung eines Knechtschaftsvertrags und dahinterliegend mit dem Letztentscheidungsrechts des EUGH kontrastiert, während die Vorstellungen, dass der Bundesrat einen besseren Vertrag aushandeln kann, sekundär mitwirkt. Keine starke Wirkung haben hingegen die Vorstellungen, dass die Schweiz mit den Verträgen den aktuell griffigen Lohnschutz verliert. Diese Aussage wird aktuell zwar breit geteilt, hat auf der Ebene der Schweizer Stimmberechtigten aber keine direkte Wirkung Richtung Ablehnung der Vorlage. So scheint die Schweizer Stimmberechtigenschaft zwar quantitativ stärker davon auszugehen, dass die Rahmenverträge den Schweizer Lohnschutz gefährden, die Aussage ist so aber nicht meinungswirksam. Sichtbar meinungswirksam ist hingegen die Ansicht, dass es sich um einen Knechtschaftsvertrag handelt.

Insgesamt zeigt sich auf der Ebene der Wirkungsanalyse, dass schlussendliche Stimmabsichten sehr stark davon abhängen werden, in welchem Frame der institutionelle Vertrag zwischen der Schweiz und der EU schlussendlich betrachtet wird. Stehen wirtschaftliche Aspekte im Vordergrund, sind Mehrheiten möglich, verschiebt sich die Diskussion stärker Richtung Zwang aus der EU, kann die Ablehnung anwachsen. Aktuell überwiegt die positive wirtschaftliche Sicht.

Die aktuell intensive Diskussion findet sich schlussendlich auch in Bezug auf die Akzeptanz möglicher Alternativszenarien:

Grafik 12



Faktisch finden wir nämlich unter allen anderen denkbaren Alternativszenarien keine mehrheitliche Stossrichtung und weitgehende Polarisierung. Einzig die Zusammenarbeit auf Basis der bisherigen Verträge, auch ohne die Möglichkeit, diese an neue Gegebenheiten anzupassen, findet eine knappe Zustimmung, während die Kündigung mit Neuverhandlung Richtung Freihandelsabkommen, das Rahmenabkommen mit EU-Recht, der EWR-Beitritt, sowie eine Kündigung und Neuverhandlungen der Bilateralen

alle gleichermaßen minderheitlich befürwortet, wie auch verworfen werden. Augenscheinlich ist die einzige aktuell knappmehrheitlich akzeptierte Alternative in den aktuellen Bilateralen, ohne die Möglichkeit zur Weiterentwicklung, zu finden.

Im Direktvergleich mit anderen Szenarien lässt sich auch die aktuelle Zustimmung zum institutionellen Rahmenabkommen präzisieren – Das Rahmenabkommen ist ganz sicher kein Wunschabkommen, es gilt gegenüber dem Ist-Zustand als schlechter. Allerdings sehen die Schweizer Stimmberechtigten unter allen anderen diskutierten Szenarien keines, dass mehrheitlich, geschweige denn grossmehrheitlich geteilt wird. Augenscheinlich ist das Rahmenabkommen ein Vertrag, dem man aktuell mehrheitlich zähneknirschend zustimmt.

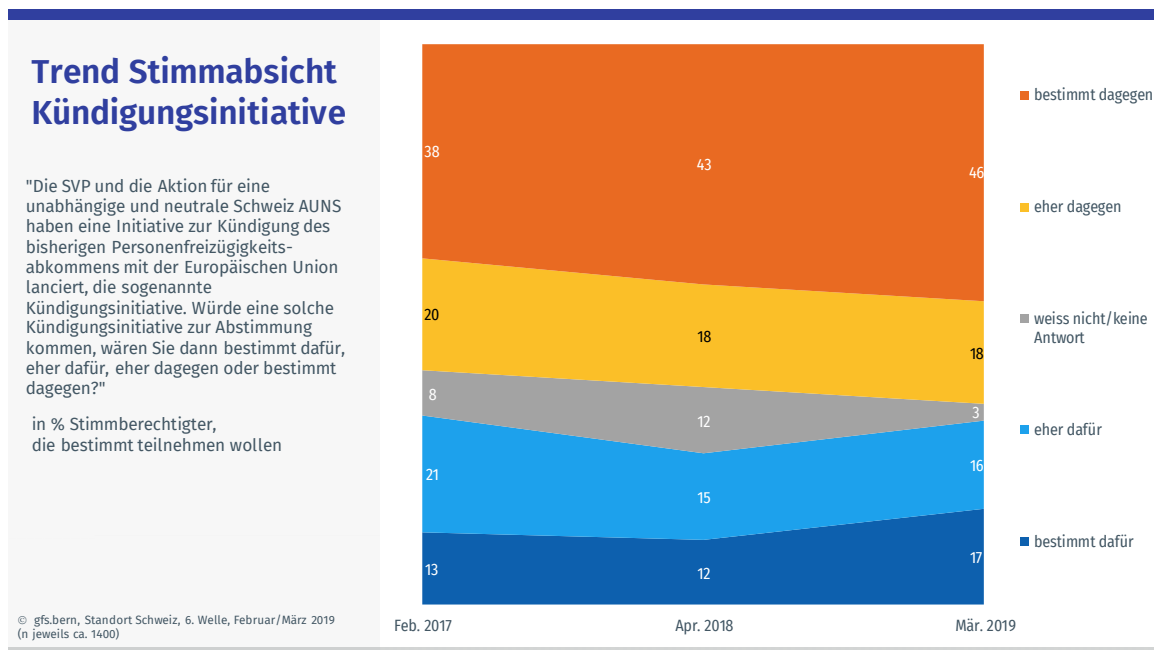
3 Kündigungsinitiative hat einen schweren Stand



Die aktuell intensive Diskussion rund um die Beziehungen der Schweiz und der EU haben auch bei der Meinungsbildung rund um die Kündigungsinitiative eine Dynamik ausgelöst: Die Fronten haben sich in beide Richtungen zunehmender erhärtet. Allerdings bleibt auch 2019 die "Zustimmungsfrent" mit 33 Prozent Zustimmung klar minderheitlich und die "Ablehnungsfrent" mit 64 Prozent klar mehrheitlich. Dies ist nicht zuletzt die Folge davon, dass der Befürworterschaft die argumentative Decke weitgehend fehlt, während die Gegnerschaft sowohl das durch die Initiative adressierte Problem, wie auch die angebotene Lösung erfolgreich attackieren kann.

Schlussendlich hat die aktuelle intensivierete Diskussion rund um die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU auch einen Einfluss auf die Meinungsbildung zur Kündigungsinitiative der AUNS und der SVP:

Grafik 13



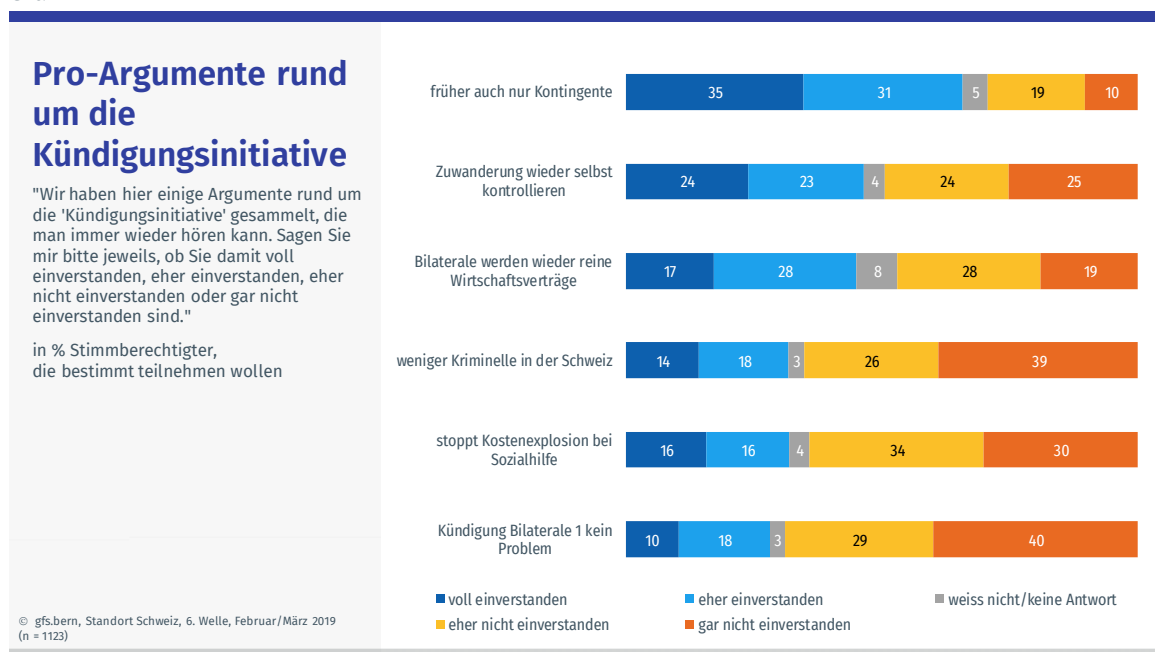
Innert Jahresfrist haben sowohl die teilnahmewilligen BefürworterInnen, wie auch die GegnerInnen leicht an Sukkurs hinzugewinnen können. Allerdings haben sich bei diesen

Verschiebungen die grundsätzlichen Mehrheitsverhältnisse nicht verändert. Nach wie vor wird die Initiative mit 64 Prozent grossmehrheitlich verworfen, während Zustimmung von rund einem Drittel aller Stimmwilligen erfolgt. Auch wenn die Zustimmung im Rahmen der Diskussionen 2018 zu den Beziehungen zu Europa angewachsen ist, finden sich damit wenig Hinweise für eine Zustimmung an der Urne.

Ungebrochen bleibt die Zustimmung hauptsächlich eine Sache von SVP-SympathisantInnen und Sympathisanten. Unter Ihnen sprechen sich 76 Prozent für die Kündigungsinitiative aus, während unter SympathisantInnen aller anderen Parteien die Ablehnung mit Werten über 70 Prozent klar überwiegt. Auch hier findet sich ein relativ deutlich Potenzial für Protestwählende, welche die Initiative mehrheitlich annehmen wollen.

Die tiefe Zustimmung findet sich auch auf der argumentativen Ebene:

Grafik 14



Das einzige Pro-Argument, das aktuell mehrheitlich geteilt wird, ist die Aussage, dass es in Vergangenheit auch ohne Personenfreizügigkeit und ausschliesslich auf der Basis von Kontingenten funktioniert hat. Alle anderen Pro-Argumente werden minderheitlich geteilt und polarisieren sichtbar.

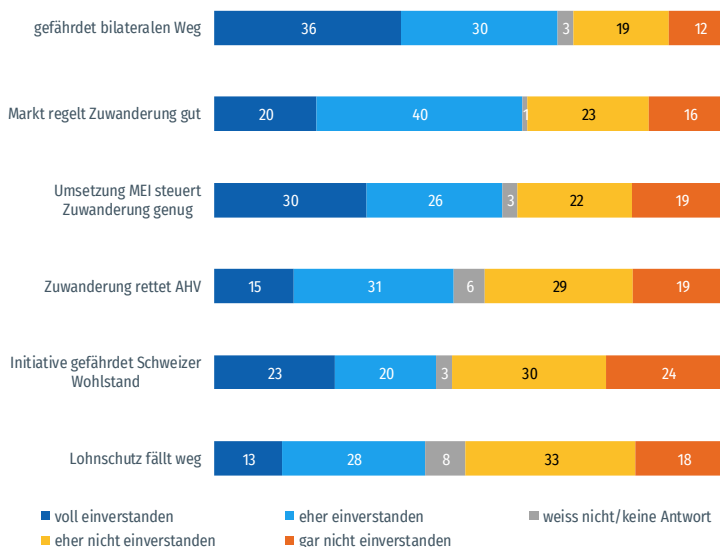
Grafik 15

Contra-Argumente rund um die Kündigungsinitiative

"Wir haben hier einige Argumente rund um die 'Kündigungsinitiative' gesammelt, die man immer wieder hören kann. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die bestimmt teilnehmen wollen

© gfs.bern, Standort Schweiz, 6. Welle, Februar/März 2019 (n = 1123)



Anders sieht es auf der Seite der Contra-Argumenten aus. Rund zwei Drittel erwarten durch die Initiative eine Gefährdung des bilateralen Wegs, während 60 Prozent davon ausgehen, dass die Personenfreizügigkeit durch den Markt selber respektive die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative genug geregelt wird. Damit ist die Initiative inhaltlich auf zwei entscheidenden Ebenen unter Druck gesetzt: Das adressierte Problem wird nicht mehrheitlich geteilt und die mit der Initiative offerierte Lösung hat Schwachstellen. Erfahrungsgemäss haben es Initiativen, welche gleichzeitig aus beider dieser Richtungen attackiert werden, bei einem Urnengang ausgesprochen schwer.

4 Methodischer Kurzbericht

Die Interpharma beauftragte das Forschungsinstitut gfs.bern mit der Durchführung einer sechsten Studie in der Projektreihe "Zukunft Bilaterale". Hauptziel dieser Reihe ist, das Meinungsbild der Schweizer Stimmberechtigten rund um die bilateralen Verträge mit der EU auszuleuchten.

2019 wurde der Fragebogen leicht gestrafft und stärker auf das aktuell diskutierte Rahmenabkommen mit der EU fokussiert.

Das vorliegende "Wichtigste in Kürze" soll interessierten Lesern einen schnellen Zugang zu den zentralen Erkenntnissen ermöglichen. Es umfasst alle relevanten Erkenntnisse aus der Erhebung zu der Beziehung zwischen der Schweiz und Europa.

Die Ergebnisse der sechsten Befragung in der Projektreihe "Standort Schweiz - Europafragen" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 2'000 Stimmberechtigten der Schweiz. Die Befragung wurde zwischen dem 4. Februar und dem 9. März 2019 mittels computerunterstützten Telefoninterviews (CATI) durchgeführt. Befragt wurde anhand eines Random Digit Dialing (RDD)/Dualframe-Verfahrens via Festnetz und Handy.

Der statistische Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen beträgt:

Tabelle 1: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 2'000	±2.2 Prozentpunkte	±1.8 Prozentpunkte
N = 1'000	±3.2 Prozentpunkte	±2.5 Prozentpunkte
N = 600	±4.1 Prozentpunkte	±3.3 Prozentpunkte
N = 100	±10.0 Prozentpunkte	±8.1 Prozentpunkte
N = 50	±14.0 Prozentpunkte	±11.5 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern

Zur Korrektur soziodemografischer Verzerrung wurde entlang der Sprachregionen gewichtet, eine inhaltliche Gewichtung erfolgte entlang der Parteiaffinitäten und einer Recall-Frage zu einer vergangenen Abstimmung.

Das hier verwendete RDD/Dual-Frame-Erhebungsverfahren verlangte zudem eine Basisgewichtung mittels Wahrscheinlichkeiten der technischen Erreichbarkeiten aufgrund der Anzahl Telefonanschlüsse.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der der ZHAW Winterthur, sowie am VMI Universität Fribourg



✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler



✉ jonas.kocher@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge

ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler



✉ alexander.frind@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden



AARON VENETZ

Datenanalytiker, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen



NOAH HERZOG

Sekretariat und Administration, Kaufmann EFZ

✉ noah.herzog@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration, Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
Postfach
CH – 3001 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch



**SCHWEIZER
MARKTFORSCHUNG**

Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym

gfs.bern
Menschen. Meinungen. Märkte.